Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (1995)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Vorwort: Päsidialadresse : 1995 : wieder ein Jahr im Zeichen knapper Mittel

Autor: Schaer

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Präsidialadresse
1995 – wieder ein Jahr im Zeichen knapper Mittel

Im Jahr 1995 arbeiteten Regierungsrat und Verwaltung noch stärker als in den vorangegangenen Jahren unter dem Diktat der fehlenden Finanzen. Dass wir Jahre, sogar Jahrzehnte über unsere Kräfte und über unsere Möglichkeiten gelebt haben, rächt sich jetzt. Zu aufwendige Strukturen müssen vereinfacht, zu hohe Standards nach unten korrigiert werden. Der Regierungsrat hat deshalb im September einen Zwischenbericht verabschiedet, der klare finanzpolitische Ziele enthält sowie Wege und Massnahmen zur Sanierung unseres Haushaltes aufzeigt.

Fragen der Finanzierung drohen, wie z. B. beim Bau der NEAT, alle andern Interessen zu überlagern. Die Fragen «Was können wir uns noch leisten, was nicht mehr, wo tut Abbau am wenigsten weh?» beschäftigen Regierung und Verwaltung fast dauernd, so dass für die tägliche Arbeit und vor allem für Innovatives und Aufbauendes kaum Zeit übrig bleibt. Noch mehr Sparen heisst Abbau von Staatsaufgaben, heisst Verzicht auf staatliche Leistungen und heisst Personalabbau. Frei werdende Stellen können häufig nicht mehr wiederbesetzt werden. Damit droht unser Personal insgesamt zu überaltern. Dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung die Notwendigkeit weiterer Sparmassnahmen trotzdem einsehen und diese mittragen und dass sie trotz grossem Druck ihre Arbeit mit Ernsthaftigkeit, auch Begeisterung weiterführen, verdient einen besonderen Dank.

Es ist Aufgabe des Regierungsrates, Wege zur Sanierung unseres Haushaltes zu suchen und aufzuzeigen, die nicht einfach nur in kurzfristiger Weise einen Sparbeitrag leisten, sondern auf möglichst langfristige und nachhaltige Weise zur Gesundung unseres Kantons beitragen. Das bedingt aufwendige Überprüfungen und teils schmerzhafte Restrukturierungen in Bereichen, die Bernerinnen und Bernern bis anhin lieb und eben teuer waren.

Mit dem Projekt «Aufgabenteilung» versuchen Regierungsrat und Gemeinden z. B., eine bessere Zuweisung der Aufgaben der öffentlichen Hand vorzunehmen. Das kantonale NPM-Projekt NEF 2000 (Neue Verwaltungsführung 2000) soll hinführen zu einer dienstleistungsorientierten und kostenbewussteren Verwaltungskultur. Die Vorbereitungsarbeiten zum Projekt NEF 2000 konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Ab 1. Januar 1996 soll nun das neue Führungsmodell im Verhältnis eins zu eins umgesetzt werden. Umdenken muss dabei aber nicht nur die Verwaltung, auch die Politik, also Regierung und Grosser Rat, werden dies tun müssen. Bei einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Sinne von NEF 2000 bestimmt die Politik nur noch über das «Was» und über den Preis, der dafür bezahlt werden soll. Das «Wie» aber ist Aufgabe der Verwaltung. Die Regeln des Rechtsstaates und der Demokratie behalten selbstverständlich ihre Gültigkeit, Regierung und Grosser Rat werden aber neue Formen der Steuerung und der Einflussnahme entwickeln müssen. Besondere Bedeutung wird dabei der Kontrolltätigkeit des Grossen Rates und seiner Aufsichtskommissionen zukommen. Weitere Aspekte werden unsere ganze Aufmerksamkeit erfordern: über dem Produktedenken der einzelnen Ämter und Direktionen darf das vernetzte Denken im Interesse des ganzen Staates nicht verlorengehen, und wir werden sehr darüber wachen müssen, dass soziale und ökologische Anliegen genügend Beachtung finden und dass gesamtgesellschaftliche Anliegen, wie eine bessere Verteilung der Arbeit und die Forderung nach mehr Teilzeitstellen, nicht auf der Strecke bleiben.

Ein weiteres zukunftsweisendes Projekt ist die Machbarkeitsstudie zur Einführung marktwirtschaftlicher Umweltinstrumente auf kantonaler Ebene. Die zunehmende Umweltbelastung ist ein Problem von globaler Bedeutung. Heutige Umweltstrategien, die vorwiegend auf Gebote und Verbote und Appelle an den guten Willen abstellen, sind an ihre Grenzen gelangt. Immer mehr setzt sich die Überzeugung durch, dass künftige Umweltpolitik vermehrt auf Marktkräfte setzen muss. Ökonomie und Ökologie müssen nicht als Gegensätze verstanden, sondern gemeinsam eingesetzt werden im Interesse einer sozialen und umweltverträglichen wirtschaftlichen Gesundung.

Bern, im März 1996

Die Regierungspräsidentin: *Schaer*